

Bildung braucht Geld

KLITZSCHEN. Daniel Wendt aus Klitzschen ist Vorstandsmitglied im Verein „Spektrum aufrechter Demokraten“. Seine Sicht auf die aktuelle Bildungspolitik machte er zum Gegenstand der folgenden Lesermeinung, die auch als Anregung zur Diskussion verstanden werden kann, ja sollte:

„Als Mitglied im Spektrum aufrechter Demokraten möchte ich eines der wichtigsten Ziele unseres politischen Wirkens darlegen: die beste Bildung für unsere Kinder. Deutschlandweit.

Wir müssen unsere Jugend, also unsere Zukunft, stärker pädagogisch betreuen und motivieren. Dafür muss zuallererst der akute Bildungsnotstand in Angriff genommen werden. Gemeint sind fehlende Lehrkräfte, Vertretungslehrer im Krankheitsfall und damit verbundene Ausfallzeiten, viel zu große Klassen, in Folge

dessen brachliegende, schlecht geförderte Talente und Stärken des Einzelnen. Fehlende Zuwendung für schwache Schüler, überholte Lehrpläne und -materialien, fehlender Antriebe und nicht zuletzt die mangelnde Würdigung der engagierten Lehrer, die wir noch haben. In Nordsachsen herrscht nämlich gerade so akuter Lehrermangel, dass sämtliche Quereinsteiger auch mit viel geringerer Qualifikation dringend gesucht werden. Hebt man so das Bildungsniveau? Hätte man dieses Problem nicht schon viel eher erkennen können, als man im Bildungsbereich ständig nur ans Sparen gedacht hat? Nun müssen wir allen genannten Missständen schnellstmöglich entgegenwirken, damit der Lehrkörper seiner Verantwortung weiter mit dem notwendigen Engagement nachkommen und im Rahmen der zukünftigen Herausforderungen

als Zukunftsschmied über sich hinauswachsen kann.

Mehr Lehrer bedeuten kleinere Klassen. Kleinere Klassen schaffen Grundlagen für fruchtbare Diskussionen und bieten auch dem Lehrer wesentlich bessere Einflussmöglichkeiten. Kooperationen mit Unternehmen der Region ermöglichen den höheren Semestern ein Austesten der Zukunftsperspektiven. In den nicht akademisch orientierten Bereichen unseres Schulsystems, sprich Haupt-, Real- und Oberschulen, sollten zwingend die Lehrpläne handfester, mehr praxisorientierter gestaltet werden, damit die zukünftigen Fachkräfte wissen, was auf sie zu kommt. Wir dürfen die Jugend nicht mehr einfach ihrem Schicksal überlassen, vor allem wenn sie aus schwierigen Familienverhältnissen kommt. Nicht so tun, als ginge uns das nichts an! Warum gibt es nicht

verstärkte Angebote und Fürsorge der Schule nach dem Unterricht? Diese haben sich während meiner DDR-Jugend jedenfalls schon einmal bestens bewährt. So hart das als Fakt für diesen oder jenen unsozialen CDU-Vorzeigepolitiker aus Nordsachsen auch klingen mag.

Das Spektrum aufrechter Demokraten fordert deutschlandweit kostenfreie Kindergärten und Kinderkrippen, in denen unsere Heranwachsenden schon pädagogisch die wichtigsten Grundlagen und die Solidarität einer intakten Gesellschaft lernen können. Außerdem wollen wir die Vermittlung eines soliden Grundwissens durch ein einheitliches Grundbildungssystem, auf welches ein potentieller Arbeitgeber einmal gesichert zurückgreifen kann. Dafür muss massiv Geld in die Hand genommen werden. Und das notwendige Geld ist da. Jedwede Ausrede ist

einfach nur eine Lüge. Zur Finanzierung des Unterrichtes der Zweitsprache Deutsch schienen die finanziellen Hürden für die zahlreichen Migranten ja auch auf einmal wenig hoch, - im Vergleich zu den mageren Bildungsmöglichkeiten der Einheimischen. Dafür war plötzlich diskussionslos unbegrenzt Geld da, schimmerte Gold durch die Risse des Finanzsäckels, das vor Einnahmen und Überschüssen in den letzten Jahren aus allen Nähten zu platzen scheint. Warum also nicht besser in die eigene Zukunft investieren und nicht in bankrotte Banken, Masseneinwanderung, Rüstung oder die ständigen Diätenerhöhungen unserer Bundestagsabgeordneten? Welche Kosten stehen der Wirtschaft denn momentan zu Buche, weil kein eigener gut ausgebildeter Nachwuchs die Lücken der Ausscheidenden schließen kann? Klappt das Wirtschafts-

wachstum etwa besser mit Rentenanwärttern oder angeblichen Facharbeitern aus der Fremde?

Es können nebenbei ja gern gezielt und branchengerichtet legale Einwanderer als zukünftige Fachkräfte angesprochen werden. Doch wir dürfen auf keinen Fall weiterhin als Grundsatzprogramm der ganzen Welt suggerieren, bei uns in Deutschland könne jeder Migrant oder Asylant integriert und in Arbeit gebracht werden! Zu angeblich denselben fairen Löhnen, von denen mittlerweile schon viele einheimische Arbeitnehmer nur noch träumen können. Genau mit diesen unsinnigen Versprechungen an scheinbar alle Migranten der Welt macht sich unsere Regierung nämlich in ihrer eigenen Bevölkerung gerade unbeliebt und unglaubwürdig – wieder einmal. Unüberhörbar auch in unserer Region.